EFFAT-Entschließung zum Waffenstillstand im Nahen Osten

Verabschiedet auf der Sitzung des EFFAT-Vorstands am 26. und 27. September 2024.

Der EFFAT-Vorstand verurteilt nachdrücklich den Einsatz von Gewalt und Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte und äußert tiefe Besorgnis über die zunehmenden geopolitischen Spannungen und die Ausbreitung von Konflikten in verschiedenen Regionen. Die Welt hat einen neuen und äußerst gefährlichen Rüstungswettlauf begonnen. Steigende Militärausgaben in Verbindung mit der Rückkehr zu Sparmaßnahmen bedeuten weniger Geld für Investitionen in Wohlfahrt und sozialen Fortschritt.

EFFAT verurteilt unmissverständlich das schreckliche Massaker, das die Terrororganisation Hamas am 7. Oktober letzten Jahres verübt hat und das zum Tod von über 1.200 Israelis und anderen Menschen, zur Entführung von 240 Personen sowie zu weiteren abscheulichen Taten führte. Wir solidarisieren uns mit den von diesen Angriffen betroffenen Familien und mit denjenigen, die sich noch immer in Gefangenschaft befinden. Ebenso verurteilen wir die rechtsextreme Regierung unter Netanjahu und den anhaltenden Krieg, den die israelische Regierung gegen die Hamas führt und der alle Palästinenser im Gazastreifen betrifft. Die israelischen Streitkräfte (IDF) haben groß angelegte Angriffe auf unschuldige Zivilisten durchgeführt und wichtige Infrastruktur im Gazastreifen zerstört, darunter Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Bibliotheken, humanitäre Hilfseinrichtungen und landwirtschaftliche Anlagen.

Wir sind zutiefst schockiert über die anhaltende Gewalt und äußern unsere tiefe Besorgnis angesichts der dramatischen und sich rasch verschärfenden humanitären Krise im Gazastreifen, die zum Tod von über 40.000 Palästinensern und zur Vertreibung von etwa 2 Millionen Menschen geführt hat. Darüber hinaus haben gewalttätige Angriffe und Tötungen palästinensischer Zivilisten im Westjordanland dramatisch zugenommen, unter anderem durch die jüngsten Razzien.

Als Reaktion darauf fordert EFFAT:

- ruft alle Parteien dazu auf, einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand zu vereinbaren und jegliche Form von Gewalt, Terrorismus und militärischen Operationen einzustellen.
- fordert die sofortige Freilassung aller von der Hamas festgehaltenen Geiseln.
- fordert die EU und die internationale Gemeinschaft auf, ihre diplomatischen Bemühungen zu verstärken und Friedensinitiativen aktiv zu unterstützen, den Dialog zu fördern und zu den Wiederaufbau- und Entwicklungsbemühungen beizutragen, die für eine langfristige Stabilität in der Region notwendig sind.
- bekundet seine Solidarität mit den von diesem Konflikt betroffenen Arbeitnehmer*innen auf beiden Seiten und steht in Solidarität mit der Histadrut und den Arbeitnehmer*innen in Israel, die sich am 2. September 2024 am Generalstreik zur Unterstützung eines Waffenstillstands und einer Vereinbarung zur Freilassung der Geiseln beteiligt haben.
- Bietet Unterstützung für alle Initiativen und Projekte an, in denen Palästinenser und Israelis gemeinsam für Frieden, Selbstbestimmung, Freiheit und Sicherheit für beide Seiten arbeiten. In diesem Sinne unterstützen wir auch alle Bemühungen der Histadrut und des Palästinensischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (PGFTU) zur Wiederaufnahme gemeinsamer Projekte.
- Verspricht internationalen und lokalen Hilfsorganisationen Unterstützung bei ihren Bemühungen, allen betroffenen Bevölkerungsgruppen dringende humanitäre Hilfe zu leisten und dabei den ungehinderten Zugang zu den Bedürftigen zu gewährleisten.

- betont, wie wichtig es ist, dass alle Parteien das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechtsverpflichtungen achten und einhalten, insbesondere beim Schutz der Zivilbevölkerung und bei der Bereitstellung medizinischer und humanitärer Hilfe;
- Fordert alle beteiligten Parteien nachdrücklich auf, einen offenen, konstruktiven und bedingungslosen Dialog zu führen, um das Bekenntnis zu einer ausgehandelten Zwei-Staaten-Lösung zu stärken, die die Rechte und die Sicherheit sowohl der Israelis als auch der Palästinenser garantiert und ein Umfeld der gegenseitigen Anerkennung, des Respekts und des friedlichen Zusammenlebens fördert.
- warnt vor dem Aufstieg rechtsextremer Politik und zunehmend lautstarken Befürwortern von Krieg, Hass und Nationalismus in Europa und verurteilt alle Kriegshandlungen sowie die Nichteinhaltung von UN-Resolutionen.
- verurteilt Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, religiöse Verfolgung und Hass in jeglicher Form und verpflichtet sich, die Bemühungen zur Bekämpfung des Aufstiegs der extremen Rechten und der Welle der Intoleranz zu verstärken, um Rassismus und Hassvorfälle gegen Juden, Muslime sowie marginalisierte Gruppen in Europa und darüber hinaus zu verhindern.

Mit der Verabschiedung dieser Entschließung bekräftigt der EFFAT-Vorstand seine Verurteilung aller Menschenrechtsverletzungen weltweit sowie seine Unterstützung und Solidarität mit den Arbeitnehmern und Gewerkschaften in allen Konfliktgebieten. Wir setzen uns weiterhin unerschütterlich für Frieden, Gerechtigkeit und den Schutz der Menschenwürde ein.